

Vaterlandsverrat.

Es war ein wunderbares Schauspiel, als bei den Marokkodebatten im Reichstag die Sozialdemokratie von den bürgerlichen Parteien des Vaterlandsverrats beschuldigt wurde. Es beweist die tödliche Verlegenheit unserer Gegner um eine Wahlparole, daß sie auf eine verfehlten, womit sie gerade den bösesten Reizfall bei den Wählern erleben werden. Denn das Verbrechen, das unserer Partei zum Vorwurf gemacht wurde, wird darin erblickt, daß sie durch ihre Friedensdemonstrationen einen Weltkrieg verhindert hat. Deutlicher können die Gegner nicht darlegen, was eigentlich hinter ihrem tönenden Patriotismus steckt. Vaterlandsliebe ist ihnen gleichbedeutend mit Krieg; nicht Volkswohlfahrt und Volksglück, sondern Völkertöten und Völkermord bedeutet das Wort. Mögen sie nur vor die Bauern und Bürger treten und uns verklagen: die Sozialdemokraten haben verhindert, daß eure Söhne von dem Aker weggerissen werden, daß eure Geschäfte bankrott gehen, daß Handel und Wirtschaft stöcken, daß die Kinder hungern, daß die Männer auf den Schlachtfeldern verbluten oder als Krüppel heimkommen; die Sozialdemokraten, diese Scheufale, haben den Frieden aufrecht erhalten, den wir zu stören suchten! Und wenn sie hinzufügen: dieser Krieg, dieses Blut und dieses Elend hätten uns den herrlichen Preis von Südmoroko gebracht, wo unsre Kapitalkönige neue Millionen verdienen könnten — so werden die Hörer zweifellos sagen: was ist uns Südmoroko? Wir haben nicht den geringsten Vorteil, nicht das geringste Interesse an Maroko; wir wollen keinen Krieg, um Großkapitalisten zu bereichern. Hoch die Sozialdemokratie!

Daher beschränkten sich die Wortführer der christlichen und unchristlichen Bourgeoisie auch nicht auf diesen allgemeinen Vorwurf. Mögen die Ziele der Sozialdemokratie auch erhaben sein, ihre Mittel, sagen sie, sind verdammenstwert, ja geradezu ungeheuerlich. Der Fortschrittler Mugdan behauptete, in den Versammlungen sei für den Kriegsfall die Lösung des Massenstreiks ausgegeben, allerdings nur in geheimnisvollen versteckten Andeutungen, wie er auf den Widerspruch unserer Fraktion zugehen mußte. Man kann man verstehen, daß bei diesem Worte dem Kapital etwas unheimlich zumute wird. Aber ist deshalb der Massenstreik etwa ein unerlaubtes, ungesetzliches Verbrechen? Wenn es gut ist und im Interesse des Volkes liegt, den Krieg zu verhindern, dann müssen wir ihn mit allen Mitteln, auch mit den kräftigsten, die uns zweckdienlich vorkommen, zu verhindern suchen; und wenn ein Massenstreik dazu am besten erscheint, werden alle, die den Frieden wollen, auch den Massenstreik loben. Daher wollte Erzberger es noch schöner machen; aus dem Berliner Referat des Genossen Däumig las er heraus, daß unsre Partei im Kriegsfall zur Nichtbefolgung der Mobilisationsorder auffordern wird — also Ungehorsam gegen die Befehle! Es war natürlich nicht schwer, aus der Latenzlosigkeit des Staatsanwalts zu beweisen, daß er etwas hineinlas, was nicht in dem Referat vorkam; und schließlich mußte Herr Erzberger anerkennen, daß er nicht wußte, welche Mittel die Sozialdemokratie im Kriege anwenden wolle.

So mußten die Angreifer unverrichteter Sache abziehen. Dennoch ist es sehr wahrscheinlich, daß die Herren Mugdan und Erzberger mit der ehrlichen Ueberzeugung nach Hause gegangen sind, daß sie doch recht hatten mit ihrer Beschuldigung der Sozialdemokratie und daß es bloß wegen der schlauen „Vorlicht“ unsrer Redner nicht gelang, die Geheimnisse herauszukriegen und den Beweis unsres Vaterlandsverrats lückenlos zu führen. Was hier vorliegt, ist mehr als ein bössartiger Versuch, mit schamlosen Wortverdrehungen dem politischen Gegner etwas am Zeuge zu fliden. Es ist ein allgemeines und natürliches Mißverständnis der bürgerlichen Welt über das Wesen der Sozialdemokratie.

Der bürgerlichen Klasse ist die Idee einer natürlichen Entwicklung der Gesellschaft völlig fremd und unfassbar. Weniger noch der Gedanke, daß die heutigen Gesellschaftsformen vergänglich sind — an diesen Gedanken müssen sie sich schon gewöhnen; — sondern vor allem die Anschauungsweise, daß alles was die Menschen tun, naturnotwendig geschieht, und daß die Menschen nicht nach freier Willkür, sondern als Werkzeuge gesellschaftlicher Kräfte handeln. Die Sozialdemokratie fühlt sich immer als Produkt und Agent gewaltiger objektiver Kräfte, die sie nicht selbst emporrückt, sondern bloß in die wirkungsvollsten Bahnen zu leiten sucht. Aus den tiefsten Lebensbedingungen der großen Volksmasse wächst das Verlangen nach Wohlfahrt, die Aufsehnung gegen Elend und Unterdrückung, der Schrei nach Befreiung ihrer Not emporkommend, launend, millionenfach wiederholt. In der ganzen Masse springen die gleichen Empfindungen, springt derselbe Wille empor und alle zusammen werden sie zu einer gesellschaftlichen Riesenkraft; deren bewußter Ausdruck die Sozialdemokratie ist. Wie in der Zukunft dieser Wille sich gestalten und umgestalten wird, das können wir jetzt nicht von Partei wegen bestimmen, sondern höchstens im persönlichen Meinungskampf vorauszuversuchen.

Unsere Gegner ist eine solche Anschauungsweise natürlich unverständlich. Weil sie in allem menschlichen Handeln, auch in dem Kampf für den Sozialismus, nur freie Willkür sehen, betrachten sie die Sozialdemokratie als eine Partei, die den geheimen Plan für den Umsturz fertig in einer Schublade liegen hat, ihn aber, um nicht dem Staatsanwalt in die Hände zu fallen, sein zu verbergen sucht. Eine revolutionäre Partei muß für sie notwendig eine Art Verschwörerbande sein; irgend was Unerschlautes muß darin stecken, das die Politiker schlau verschweigen. Wenn dann ein anderer es mal unvorsichtig herausplappert, müssen die Politiker sich winden und alle Kniffe anwenden, den unbequemen Ausplauderer abzuschneiden. Aus dieser blöden Betrachtungsweise heraus verschufen die bürgerlichen Redner im Reichstag die Darlegungen Däumigs und die Reden in den Protestversammlungen auszuschlachten.

Natürlich konnte demgegenüber neben der Richtigstellung der persönlichen Charakter der Darlegungen Däumigs hervorgehoben werden, nicht in dem Sinne einer Abschüttelung, — denn er steht mit seinen Anschauungen nicht allein und viele andre haben dasselbe sogar schärfer ausgesprochen — sondern als Betonung des Unterschieds bindender Parteibeschlüsse und unverbindlicher, wenn auch noch so wichtiger Meinungen einzelner Mitglieder.

Die Frage, in welchem Maße Massenstreiks eine Rolle in dem Kampf gegen den Krieg spielen werden, liegt noch ungelöst im Schoße der Zukunft. Die Stuttgarter Resolution läßt die Anwendung aller wirksamen Mittel offen. Die Bedenken vieler Führer gegen den Massenstreik sind nicht moralischer Natur, sondern sie sind der Zweifel, ob er in der Tat durchführbar und wirksam sein wird. Darüber wird aber nicht die Weisheit der Führer, sondern die innere Kraft und die Leidenschaft der Massen entscheiden. Daher wurde in den Protestversammlungen so oft der Ausdruck gebraucht, daß die Arbeiter selbst das Richtige zu finden wissen werden — worin unsre Gegner in ihrer Verleumdung die geheime Parole zu hören glaubten, die zum Massenstreik rief.

Allerdings steckt eine richtige Ahnung darin. Aus den Massenaktionen droht ihnen die Gefahr. Und diese Aktionen werden nicht durch Parteibeschlüsse hervorgerufen, sie flammen aus dem tiefsten Empfinden der Proletarier unter der Einwirkung gewaltiger sozialer Spannungen empor. Wenn der Kampf der Klassen aufs schärfste zugepißt wird, wenn die bürgerliche Kriegswut und der proletarische Friedenswille als zwei mächtige Naturgewalten aufeinanderprallen, dann geht es leicht über Parteitraditionen und Parteibeschlüsse hinweg, dann wirken in ihrer ganzen urwüchsigen Kraft nur die unmittelbaren Klasseninteressen und Klassenempfindungen — ihnen hat dann die Tätigkeit der Partei Ausdruck zu geben. Und ob diese Kämpfe sich dann stets innerhalb der Grenzen der Gesetze bewegen werden, ist auch fraglich. Es handelt sich hier nicht um die Frage, was die Partei will und die Arbeiter tun sollen; es handelt sich darum, wie voraussichtlich die Massen in der höchsten Spannung des Kampfes handeln werden. Not bricht Gesetz. Wenn Tod und Vernichtung über das Volk hereinbrechen drohen, ist es undenkbar, daß es sich in seinem Widerstand plötzlich wehrlos die Hände binden läßt, wie begaubert durch die Gesetzesformeln, die die Bourgeoisie im eigenen Interesse ausgeklügelt hat — vor allem, wenn dieses Volk aus einer politisch hoch entwickelten Arbeiterklasse besteht. Auch früher hat die Partei auf das Gesetz gepfiffen, das ihr im Wege stand, und alle bürgerlichen Parteien haben, wo sie es nötig fanden, Gesetze gebrochen und sich dessen gerühmt. Die Geschichte wird eben nicht durch die Beschlüsse der Parteien, sondern durch die Aktionen der Klassen gemacht.

Das ist es, was die bürgerliche Klasse verschwoommen und instinktiv ahnt und vergebens gegen die Sozialdemokratie auszuspielen sucht. Sie wird durch ihre eigene Verstandnislosigkeit genarrt. Sie fühlt ganz richtig heraus, daß ihre eigenen Sünden die revolutionäre Aktion der Ausgebeuteten gegen sie heraufbeschwören, eine Aktion, die nicht vor papiernen Paragraphen scheu zurückweicht; sie fühlt auch, daß die Sozialdemokratie die Verkörperung dieser Revolution ist. Aber jedesmal, wenn sie das drohende Gespenst greifen will, wenn sie die Unvermeidlichkeit der Volksempörung als einen fertig ausgearbeiteten Verschwörungsplan der Sozialdemokratie zu fassen glaubt, zerfließt es unter ihren Händen. Denn sie sieht vor einer sich mit der Gewalt einer Naturkraft vollziehenden Weltrevolution, von der die Partei nur eine der augenblicklichen Erscheinungsformen ist.

Reichstag.

208. Sitzung. Freitag, den 17. November, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: v. Breitenbach. Die zweite Beratung des Gesetzes betr. die Erhebung von Schiffsabgaben wird fortgesetzt.

Artikel 11 sieht die Bildung von Strombauverbänden zur Aufbringung von Mitteln für die Verbesserung und Unterhaltung bestimmter natürlicher Wasserstraßen in den Gebieten des Rheins, der Mosel und der Elbe vor.

Eine Reihe Anträge verlangen die Kanalisierung der Bahn, resp. der Mosel und der Saar.

Ein Antrag auf Kanalisierung aller dieser Flüsse liegt auch von sozialdemokratischer Seite vor; außerdem beantragen die Sozialdemokraten die Kanalisierung des Rheins nicht von Käfseburg aus, sondern von Bamberg aus bis zum Rhein und des Neckars nicht von Heilbronn aus, sondern von Ehlingen aus bis zum Rhein.

Abg. Dr. Giese (kons.) erklärt, daß die sächsischen Konservativen auch gegen Artikel 11 der Vorlage stimmen werden.

Abg. Boehle (Soz.): Die Mosel- und Saarkanalisation würde ein rentables Unternehmen sein, das nach Sachverständigenurteil Ueberschüsse abwerfen würde. Bisher ist nur ein Teil der Mosel und der Saar von Frankreich kanalisiert worden. Preußen hat seine 1871 übernommenen Verpflichtungen in dieser Richtung nicht erfüllt. Deutschland sollte sich durch den Ausbau dieser Kanalisierung den französischen-Lothringischen Erzmarkt zunähe machen. Preußen lehnt die Moselkanalisierung ab mit Rücksicht auf die Niederrheinisch-Westfälische Industrie und auf die zu erwartende Verminderung der Eisenbahneinnahmen. Eine solche Stellungnahme eines Verkehrsministers versteht man in Elsaß-Lothringen nicht. Elsaß-Lothringen wünscht eine Verständigung mit Preußen, aber bei der Haltung der preussischen Regierung wird noch viel Wasser die Mosel herunterlaufen, ehe eine solche Verständigung zustande kommen würde. Sehr bedauerlich ist, daß heute sowie auch in den letzten Tagen der Kommissionsberatung kein Vertreter von Elsaß-Lothringen im Bundesrat anwesend ist; die drei Stimmen Elsaß-Lothringens konnten sehr wohl ausschlaggebend werden. Die preussischen Konservativen vertreten im preussischen Landtag auch in diesem Falle nur ihre einseitigen Interessen, der Reichstag aber muß die Gesamtinteressen Deutschlands vertreten und darf Elsaß-Lothringen nicht dertartig zurücksetzen, wie es durch die Herauslassung der Mosel- und Saarkanalisierung aus dem Bauprogramm geschehen würde. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Wassermann (nat.-lib.): Auch wir wünschen die Aufnahme der Mosel- und Saarkanalisierung in das Bauprogramm. Es ist dringend notwendig, der noleidenden rheinischen Schifffahrt, die in hohem Grade ein alteingefahrenes Mittelstandsgewerbe ist, durch diese Kanalisierungen ein gewisses Äquivalent für die empfindliche Belastung durch die Schiffsabgaben zu gewähren. (Beifall links.)

Abg. Sommer (Sp.) begründet einen Antrag, die Saaleregulierung in weitem Umfange in das Gesetz aufzunehmen, mit dem Hinweis auf die aufblühende Industrie Raumburgs, Weiskens und des Hinterlandes dieser Städte.

Preussischer Minister v. Breitenbach wendet sich gegen die Anträge, deren Annahme die ganzen finanziellen Grundlagen der Vorlage umstürzen würde. Am meisten gelte das von dem weitgehendsten Antrage, dem Antrag Albrecht, den noch dazu die Partei stelle, die als einzige geschlossen gegen das ganze Gesetz stimmt. — Der Redner wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen die Moselkanalisierung. Es sei zuzugeben, daß für sie mancherlei wirtschaftspolitische und auch militärpolitische Momente sprechen. Aber die Regierung könne nicht die Hand dazu bieten, den Prozeß der Verchiebung der Industrie vom Niederrhein nach Lothringen noch zu beschleunigen. Die Bahnregulierung sei nicht wirtschaftspolitisch, aber finanziell bedeutend, werde aber in wohlwollender Erwägung gezogen werden.

Württembergischer Minister v. Pfiffel erklärt sich ebenfalls aus finanziellen Gründen gegen die Anträge. Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Graumann bekämpft ebenfalls die Anträge, weil durch sie die finanziellen Grundlagen des Gesetzes erschüttert würden.

Abg. Behrens (Wirtsch. Sp.) zieht in Rücksicht auf die Erklärungen vom Ministerium den Antrag auf Kanalisierung der Bahn zurück. (Hört, hört! bei den Soz.)

Abg. Dr. Höffel (Sp.) tritt für die Mosel- und Saarkanalisierung ein.

Abg. Am Jahnhoff (Zentr.): Nach § 5 der Vorlage besteht eine Verpflichtung der Staaten zur Anwendung von Mitteln für die Verbesserung und Unterhaltung von Wasserstraßen nicht; deshalb werden auch die Antragsteller selbst bei Annahme der Anträge auf Kanalisierung der Mosel und Saar nicht das erreichen, was sie wollen, dieser ganze Antrag des Herrn Wassermann ist nichts, als ein ausgeblasenes Ei.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Aus den Ausführungen des Vorredners geht hervor, was von den Versprechungen der Vorlage zu halten ist, daß die Regierungen weder eine moralische, noch eine rechtliche Verpflichtung zur Ausführung auch der obligatorischen Projekte in ihrer Vorlage übernehmen. Herr Am Jahnhoff hat Herrn Wassermann mit Recht ein ausgeblasenes Ei an den Kopf geworfen. (Heiterkeit.) Vor kurzem hat Herr Behrens in aller Stille den Antrag zurückgezogen, den der Zentrumsabgeordnete Dahlem und einige andre Herren zugunsten der Bahn gestellt hatten und zwar auf die Zusagen vom Ministerium hin. In der Kommission hat Herr Dahlem mit unübertrefflichem Eifer für seine Bahn gekämpft; es beweist nun eine rührende Vertrauensfestigkeit, wenn er jetzt solch Vertrauen setzt auf das, was ihm ein Minister in irgend einer Verschwiegenheit versprochen hat. (Heiterkeit, Zuruf des Abg. Behrens: In der heutigen Rede!) Herr Dahlem hat sich ja vor der heutigen Sitzung beurlauben lassen.

Wenn wirklich die Aufnahme der Projekte in das Gesetz zu nichts verpflichtet, so ist es um so unverständlicher, warum die preussische Regierung sich gegen die Aufnahme sträubt. (Zuruf: Um falschen Illusionen vorzubeugen.) Die Regierung hat schon so viele Illusionen verschuldet, wie die Württemberger bald erleben werden, daß es auf eine mehr auch nicht ankommt. Jedenfalls ist es unverständlich, wie man das wichtigste deutsche Kanalisationsprojekt ausnehmen kann, wenn man überhaupt einen großzügigen Wasserwirtschaftsplan aufstellen will.

Besonders schädigt die Vorlage die kleinen Schiffer auf dem Neckar: man sollte ihnen ihre Schiffe, die etwa 1500 bis 3000 Mk. Wert haben, abkaufen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Minister v. Breitenbach: Obligatorische Projekte sind solche, über die die Regierungen sich nach der technischen und wirtschaftlichen Seite verständigt haben und deren Ausführung erfolgen muß. Ich verstehe nicht, wie an diesem klaren Sachverhalt ein Zweifel entstehen konnte.

Abg. Deser (Fortschr. Sp.) widerspricht der Auffassung des Ministers; gewiß ist nur die Befestigung der Abgabefreiheit und außerdem, daß die obligatorischen Projekte eben nicht obligatorisch sind. Das geht ganz klar aus dem auch von Herrn Jahnhoff erwähnten § 5 hervor. (Sehr richtig! links.) Man spricht so viel von nationalen Rücksichten, aus denen das Ruhrrevier auf seiner gegenwärtigen Höhe erhalten werden muß. Aber es ist nicht national, zugunsten eines Gebietes mit ständigen Verkehrsverhältnissen die Entwicklung anderer Gebiete zu hindern. (Sehr wahr! links.) Die Moselkanalisierung bedeutet die engere Verbindung Lothringens mit dem deutschen Mutterland und eine Verstärkung der wirtschaftlichen Bande zwischen Luxemburg und Deutschland. Es sprechen also die allerbedeutendsten wirtschaftlichen und nationalen Erwägungen für die Aufnahme der Moselkanalisierung in das Gesetz. (Beifall links.)

Ministerialdirektor Peters polemisiert gegen die Ausführungen der Abgg. Sommer, Frank und Deser und bestreitet, daß das Ruhrrevier gegenüber dem Mosellande verkehrspolitisch begünstigt sei.

Abg. Schmidt-Konstanz (nat.-lib.) tritt für die Kanalisierung des Oberrheins bis Konstanz ein, die unbedingt als Äquivalent für die Schiffsabgaben verlangt werden müsse, wenn nicht der blühende Handel der oberrheinischen Industrie mit der Schweiz ganz empfindlich Schaden erleiden soll.

Abg. Dr. Jahnhoff (Zentr.): Der Vorredner hat hier eine Wahrheit gehalten. Bei der Nachwahl in Konstanz sind die Wähler in der fürchterlichsten Weise angelogen worden. (Zuruf links: Nur das Zentrum lügt nie! — Stürmische Heiterkeit.) Herr Schmidt bezeichnet sich in seinen Rufusen als wahrer Volksmann; möge er dafür sorgen, daß bei der nächsten Wahl das Volk nicht wieder in dieser Weise angelogen wird. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentr. — Zurufe links.)

Abg. Dr. Naumann (Fortschr. Sp.): Wenn das Zentrum für die Verbreitung objektiver statistischer Kenntnisse sorgen will, wird es sich wirklich einmal Dank verdienen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Zum Verständnis der abweichenden Stellung der württembergischen Mitglieder meiner Partei darf man nicht vergessen, daß es sich hier nicht um Meinungsfragen, sondern um Interessenfragen handelt. Ich verstehe den Standpunkt von Mainz und Mannheim, wir können aber auch verlangen, daß der Standpunkt der Anhänger des Neckars gewürdigt wird. Natürlich hätten wir die Vorteile lieber ohne die Schiffsabgaben, aber die Nachteile der Abgaben erscheinen nicht groß genug, um die Vorteile abzulehnen.

Die von Dr. Frank angeschnittene Entschädigungsfrage ist jetzt noch nicht spruchreif, sie kann erst nach der Vollendung der Regulierung geregelt werden, und zwar muß es dann von den betreffenden Einzelanträgen geschehen.

Abg. Didenbrand (Soz.): Dr. Jahnhoff sollte seine Mahnung zur Wohlfahrt auf die eigene Partei richten; in dem Wahlkreise Konstanz hat das Zentrum so viel gelogen, wie in allen